



Zur Wirtschaftslage	
Ölverknappung wirkt inflationsbeschleunigend und wachstumsdämpfend	271
Bundesrepublik Deutschland: Nur eine stetige Wirt- schaftspolitik kann Fehlentwicklungen minimieren . . .	277

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 26/79

Berlin

28. Juni 1979

46. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Ölverknappung wirkt inflationsbeschleunigend und wachstumsdämpfend

Die wirtschaftliche Entwicklung in der westlichen Welt wird gegenwärtig durch die Verknappung des Ölangebots und die damit einhergehenden Ölpreissteigerungen überschattet. Konnte vor einiger Zeit noch erwartet werden, daß die Konjunkturabschwächung in den USA weitgehend durch eine Wachstumsbeschleunigung in Westeuropa kompensiert würde, so ist das jetzt nicht mehr sicher. Die Energieverteuerung löst Prozesse aus, die sich gewöhnlich erst in einer späteren Konjunkturphase entfalten.

So schafft die erhebliche Steigerung der Energiekosten ein Klima, in dem in Westeuropa der Preisauftrieb sich wieder beschleunigt und in den USA trotz Konjunkturabschwächung die Inflation nur schwer zu dämpfen ist. Die Anfangsphase des Aufschwungs, in der Produktivitätsfortschritte bei verlangsamten Lohnsatzsteigerungen in Westeuropa beruhigend auf die Preisentwicklung wirkten, ist dadurch verkürzt worden. Die Gefahr ist groß, daß die exogen bedingte Inflationsbeschleunigung erneuten Verteilungskonflikten Nahrung gibt, die den Preisauftrieb weiter verstärken. Das würde wiederum die wirtschaftspolitischen Instanzen zu Restriktionsmaßnahmen veranlassen, die auch in Westeuropa eine merkliche Konjunkturabschwächung nach sich ziehen könnten, obwohl das Arbeitslosenproblem weiterhin ungelöst ist.

Zur Gefahr der fühlbaren Inflationsverstärkung tritt in Westeuropa eine Tendenzwende in der Zah-

lungsbilanzentwicklung. Nachdem sich 1977 und 1978 die westeuropäische Zahlungsbilanzposition erheblich verbessert hatte, verschlechtert sie sich nun wieder, nicht zuletzt als Folge der steigenden Ölpreise. Der beträchtliche Überschuß in der Bilanz der laufenden Posten, den Westeuropa 1978 erzielen konnte, wird in diesem Jahr wahrscheinlich abgebaut werden. Zwar dürfte diese Bilanz in den größeren westeuropäischen Ländern weiterhin aktiv bleiben. Die Mehrzahl der kleineren Volkswirtschaften, wo sie auch im vergangenen Jahr defizitär war, wird jedoch einem fühlbaren Defizit gegenüberstehen.

Stärker noch als diese westeuropäischen Volkswirtschaften werden die ölabhängigen Entwicklungsländer von der Ölverteuerung getroffen. Ihre Leistungsbilanz verschlechterte sich bereits während des vergangenen Jahres im Zuge der Außenwirtschaftsverbesserung Westeuropas erheblich und zwang zu verstärkter Schuldenaufnahme. Das Leistungsbilanzdefizit dieser Länder wird sich 1979 nochmals merklich erhöhen und zusätzliche Finanzierungsprobleme entstehen lassen.

Bei der gegenwärtigen Außenwirtschaftsentwicklung erhöht sich der Leistungsbilanzüberschuß der Erdölländer, der im vergangenen Jahr stark zurückgegangen war, wieder kräftig. Die Fähigkeit dieser Länder, Kapital zu exportieren, nimmt damit zu. Dem steht der steigende Kreditbedarf der übrigen Entwicklungsländer gegenüber. Kapital wird jedoch

Die Zahlungsbilanzen der einzelnen Wirtschaftsräume
in Mrd. US \$ zu jeweiligen Wechselkursen

	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾
Westeuropäische Industrieländer ³⁾								darunter: EG						
Bilanz der laufenden Posten	+ 2,9	-13,5	- 0,8	-11,5	- 5,2	+15,5	+ 0,5	+ 2,1	-11,2	+ 1,0	- 7,3	+ 1,7	+15,0	+ 1,5
Leistungsbilanz	+13,5	- 1,7	+13,1	+ 2,3	+10,6	+35,5	+22,0	+11,5	- 0,8	+13,3	+ 4,8	+15,5	+32,8	+21,0
Handelsbilanz	+ 4,8	- 9,1	+ 7,2	- 6,5	+ 1,8	+19,5	+ 4,5	+ 7,2	- 3,9	+10,7	- 1,3	+ 9,3	+21,5	+ 9,5
Dienstleistungsbilanz	+ 8,7	+ 7,4	+ 5,9	+ 8,8	+ 8,8	+16,0	+17,5	+ 4,3	+ 3,1	+ 2,6	+ 6,1	+ 6,2	+11,3	+11,5
Transferzahlungen	-10,6	-11,8	-13,9	-13,8	-15,8	-20,0	-21,5	- 9,4	-10,4	-12,3	-12,1	-13,8	-17,8	-19,5
Kapitalbilanz ⁵⁾	+11,8	+14,9	+ 4,3	+15,1	+36,5	+13,8	.	+10,3	+12,0	- 1,5	+ 8,9	+27,8	+ 3,4	.
Langfristiger Kapitalverkehr	- 1,5	+ 1,1	-11,3	- 6,0	+ 6,4	- 1,9	.	+ 0,4	+ 1,0	- 7,7	- 2,0	+ 5,4	- 3,7	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁶⁾	+13,3	+13,8	+15,6	+21,1	+30,1	+15,7	.	+ 9,9	+11,0	+ 6,2	+10,9	+22,4	+ 7,1	.
Devisenbilanz ⁷⁾	-14,7	- 1,4	- 3,5	- 3,6	-31,3	-29,3	.	-12,4	- 0,8	+ 0,5	- 1,6	-29,5	-18,4	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	- 2,2	- 0,4	+ 1,1	-	- 1,0	- 1,8	.	- 1,7	- 0,3	+ 0,9	-	- 0,9	- 1,4	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	-12,0	- 0,9	- 3,6	- 2,1	-30,4	-26,4	.	-10,2	- 0,4	+ 0,4	- 0,8	-28,9	-15,7	.
Position beim Weltwährungsfonds ⁸⁾	- 0,5	- 0,1	- 1,0	- 1,5	+ 0,1	- 1,1	.	- 0,5	- 0,1	- 0,8	- 0,8	+ 0,3	- 1,3	.
Außereuropäische Industrieländer								darunter: Vereinigte Staaten von Amerika						
Bilanz der laufenden Posten	+ 6,9	- 4,5	+13,1	+ 4,3	- 8,3	- 2,6	- 4,0	+ 6,9	+ 1,7	+18,5	+ 4,4	-15,3	-16,0	- 9,0
Leistungsbilanz	+10,8	+ 2,4	+17,7	+ 9,1	- 3,6	+ 2,8	+ 2,0	+10,8	+ 8,9	+23,1	+ 9,4	-10,6	-10,9	- 3,5
Handelsbilanz	+ 7,6	- 2,0	+13,7	+ 2,3	-10,8	- 5,0	- 7,5	+ 0,9	- 5,3	+ 9,1	- 9,3	-31,1	-34,1	-29,5
Dienstleistungsbilanz	+ 3,2	+ 4,4	+ 4,0	+ 6,8	+ 7,2	+ 7,8	+ 9,5	+ 9,9	+14,2	+14,0	+18,7	+20,5	+23,2	+26,0
Transferzahlungen	- 3,9	- 6,9	- 4,6	- 4,8	- 4,7	- 5,4	- 6,0	- 3,9	- 7,2	- 4,6	- 5,0	- 4,7	- 5,1	- 5,5
Kapitalbilanz ⁵⁾	-17,2	- 2,7	-19,7	-10,7	-20,7	-18,2	.	-10,8	-10,3	-23,9	-15,1	-19,2	-15,0	.
Langfristiger Kapitalverkehr	-16,3	-10,0	-17,2	-11,5	-14,4	-23,6	.	- 8,4	- 7,5	-21,0	-18,8	-16,0	-17,1	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr	- 0,9	+ 7,3	- 2,5	+ 0,8	- 6,3	+ 5,4	.	- 2,4	- 2,8	- 2,9	+ 3,7	- 3,2	+ 2,1	.
Devisenbilanz ⁷⁾	+10,3	+ 7,2	+ 6,6	+ 6,4	+29,0	+20,8	.	+ 3,9	+ 8,6	+ 5,4	+10,7	+34,5	+31,0	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	- 1,3	- 0,2	+ 0,6	+ 0,1	- 0,8	- 1,0	.	- 1,1	- 0,2	+ 0,6	+ 0,1	- 0,6	- 0,8	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	+ 6,9	- 1,1	+ 1,2	- 3,7	- 4,8	-13,4	.	+ 0,2	-	- 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 4,4	.
Position beim Weltwährungsfonds ⁸⁾	- 0,4	- 1,8	- 0,5	- 3,1	- 0,9	+ 4,0	.	- 0,3	- 1,5	- 0,4	- 2,3	- 0,7	+ 5,0	.
Dollarverpflichtungen gegenüber Währungsbehörden	+ 5,1	+10,3	+ 5,3	+13,1	+35,5	+31,2	.	+ 5,1	+10,3	+ 5,3	+13,1	+35,5	+31,2	.
Obrige Welt ⁴⁾								darunter: Erdölländer						
Bilanz der laufenden Posten	- 9,8	+18,0	-12,3	+ 7,2	+13,5	-12,9	+ 3,5	+ 7,1	+65,7	+31,7	+36,0	+30,9	+ 6,0	+29,0
Leistungsbilanz	-24,3	- 0,7	-30,8	-11,4	- 7,0	-38,3	-24,0	+ 7,8	+67,8	+36,0	+41,1	+36,9	+12,6	+36,0
Handelsbilanz	-12,4	+11,1	-20,9	+ 4,2	+ 9,0	-14,5	+ 3,0	+18,5	+80,5	+52,5	+63,0	+62,7	+40,1	+65,0
Dienstleistungsbilanz	-11,9	-11,8	- 9,9	-15,6	-16,0	-23,8	-27,0	-10,7	-12,7	-16,5	-21,9	-25,8	-27,5	-29,0
Transferzahlungen	+14,5	+18,7	+18,5	+18,6	+20,5	+25,4	+27,5	- 0,7	- 2,1	- 4,3	- 5,1	- 6,0	- 6,6	- 7,0
Kapitalbilanz ⁵⁾	+18,6	+ 9,7	+15,7	+ 7,9	+ 6,0	+10,3	.	- 3,6	-33,4	-22,2	-27,5	-20,9	-21,6	.
Langfristiger Kapitalverkehr	+17,8	+ 8,9	+28,5	+17,5	+ 8,0	+25,5	.	- 1,5	-11,8	-15,3	-17,9	-16,3	-15,2	.
Kurzfristiger Kapitalverkehr	+ 0,8	+ 0,8	-12,8	- 9,6	- 2,0	-15,2	.	- 2,1	-21,6	- 6,9	- 9,6	- 4,6	- 6,4	.
Devisenbilanz ⁷⁾	- 8,8	-27,7	- 3,4	-15,1	-19,5	+ 2,6	.	- 3,5	-32,3	- 9,5	- 8,5	-10,0	+15,6	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	+ 3,5	+ 0,6	- 1,7	- 0,1	+ 1,8	+ 2,8	.	- 0,1	-	-	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	-13,2	-30,2	- 3,2	-19,6	-22,1	+ 2,7	.	- 3,3	-30,4	- 6,9	- 7,3	-10,0	+15,1	.
Position b. Weltwährungsfonds ⁸⁾	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 4,6	+ 0,8	- 2,9	.	- 0,1	- 1,9	- 2,6	- 1,1	- 0,1	+ 0,6	.

1) Z.T. geschätzt.- 2) Geschätzt.- 3) EG, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.- 4) Als Restsaldo errechnet, die allerdings auch aufgrund von Unterschieden in der Erfassung einzelner Zahlungsbilanzposten entstehen; Kapital- und Devisenbilanz weichen von den Restsaldo um den Betrag ab, um den sich die nicht gesondert ausgewiesenen Devisenverpflichtungen von Hartwährungsländern änderten.- 5) Nettokapitalexport (-), -import (+).- 6) Einschl. statistischer Diskrepanz.- 7) Bestandszunahme (-), -abnahme (+).- 8) Einschl. Sonderziehungsrechte.- 9) Einschl. Verpflichtungen des Weltwährungsfonds.

Quellen: International Financial Statistics; Nationalstatistiken.

zum größeren Teil nicht direkt von den Erdölländern zu den übrigen Entwicklungsländern fließen. Vielmehr wird der Eurodollarmarkt weiterhin ein wichtiges Instrument zur Kanalisierung der Finanzierungsströme bleiben. Bei wachsender Schuldenlast der ölabhängigen Entwicklungsländer sollte aller-

dings die nicht rückzahlbare Entwicklungshilfe als Alternative zur Kreditfinanzierung stärker in den Vordergrund treten. Ein wesentlicher Beitrag sollte dabei von den Erdölländern geleistet werden. Anders als bei den Erdölländern stößt eine solche Problemlösung bei den Industrieländern auf Schwie-

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1977 in vH		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	B S P	Ausfuhr der BRD	1977			1978 ²⁾			1979 ³⁾		
			real	nominal	Preise ⁴⁾	real	nominal	Preise ⁴⁾	real	nominal	Preise ⁴⁾
Bundesrep. Deutschland	11,2	-	2,6	6,4	3,8	3,4	7,5	3,9	4	8	4
Frankreich	8,3	18,1	3,0	12,0	8,7	3	13,5	10	3	14	10,5
Großbritannien	5,3	7,9	1,4	15,1	13,5	3,3	13,9	10,3	1,5	13,5	12
Italien	4,7	10,1	2,0	21,3	18,9	2,6	16,2	13,3	3,5	19	15
Niederlande	2,3	14,8	2,4	9,7	7,1	2	6,5	4,5	2,5	7,5	5
Belgien	1,7	11,5	1,2	8,1	6,8	2	6,5	4,5	3	8	5
Dänemark	1,0	3,2	1,8	10,9	8,9	1,5	11,5	10	2,5	10,5	8
Irland	0,2	0,4	5,5	19,8	13,6	5,5	15	9	4	15	10,5
EG	34,7	-	2,3	11,6	9,1	3,0	11,1	7,9	3	12	8,5
Schweden	1,7	4,7	-2,4	8,7	11,4	2,5	12	9,5	4,5	13	8
Schweiz	1,4	6,8	2,7	3,1	0,4	1,5	3	1,5	2	5,5	3,5
Österreich	1,0	7,8	3,7	8,9	5,0	1,5	6,4	4,8	3,5	8	4,5
Norwegen	0,8	2,1	3,5	11,4	7,6	2,9	9,4	6,3	2	9,5	7,5
Europ. Industrieländer	39,6	-	2,2	11,1	8,7	2,9	10,7	7,6	3	11,5	8
Europ. Industrieländer o. BRD	28,4	-	2,1	13,0	10,7	2,7	12,0	9,1	3	13	10
Europ. Industrieländer o. BRD ⁵⁾	-	87,4	2,3	11,0	8,5	2,3	10,0	7,5	3	11	8
USA	41,0	9,8	4,9	11,0	5,8	3,9	11,6	7,4	2,5	12	9,5
Kanada	4,3	1,2	2,7	9,7	6,8	3,4	10,3	6,7	3,5	13,5	9,5
Japan	15,1	1,6	5,4	11,4	5,7	5,6	10,7	4,8	5	9,5	4,5
Außereurop. Industrieländer	60,4	-	4,9	11,0	5,8	4,3	11,3	6,7	3	11,5	8
Außereurop. Industrieländer ⁵⁾	-	12,6	4,8	10,9	5,9	4,1	11,4	7,0	3	12	9
Insgesamt	100,0	-	3,8	11,0	7,0	3,7	11,1	7,1	3	11,5	8
Insgesamt ohne BRD	88,8	-	4,0	11,6	7,4	3,8	11,5	7,5	3	12	9
Insgesamt ohne BRD ⁵⁾	-	100,0	2,6	11,0	8,2	2,6	10,2	7,4	3	11	8

1) Auf Dollarbasis.- 2) Teilweise geschätzt.- 3) Geschätzt.- 4) Deflationierungsfaktor.- 5) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.
Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

rigkeiten, weil sich ihre Zahlungsbilanzlage gegenwärtig verschlechtert. Zwar bilden die USA, wo in diesem Jahr mit einer Verringerung des hohen Leistungsbilanzdefizits zu rechnen ist, eine Ausnahme. Da das Defizit in den USA aber immer noch höher sein wird als in anderen Industrieländern, stehen die USA weiterhin unter außenwirtschaftlichen Zwängen.

Die sich verändernde Zahlungsbilanzkonstellation war in den letzten Monaten mit einer beachtlichen, sich augenblicklich allerdings nicht mehr fortsetzenden Stärkung der Dollarposition verbunden. Zur Dollarfestigung kam es, weil sich die Aussichten auf eine Verringerung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits – wenn auch durch eine Konjunkturabschwächung erkauft – verbessert haben, während sich die Außenwirtschaftssituation der übrigen Industrieländer verschlechtert. Zudem erhöhen steigende Ölpreise bei in Dollar fakturierten Ölkäufen die Dollarnachfrage.

Zur Dollarstärkung hat überdies beigetragen, daß nach den geld- und kreditpolitischen Restriktionsmaßnahmen, die Ende vergangenen Jahres in den USA ergriffen wurden, die amerikanische Wirtschaft auf den Eurodollarmarkt ausgewichen ist und dort in beträchtlichem Umfang Dollarkredite nachfragt. Sie greift damit auf ein Potential zurück, das in den letzten Jahren erheblich erweitert wurde. Das hohe

amerikanische Zahlungsbilanzdefizit wurde nämlich vor allem durch Dollarschöpfung ausgeglichen. Wenn auch ein großer Teil der zusätzlichen Dollarbeträge zunächst von nicht-amerikanischen Zentralbanken aufgenommen wurde, die durch Dollarankäufe dem Dollarkursverfall entgegenzuwirken suchten, so sind doch auch diese Beträge nunmehr bei entgegengesetzten Operationen der Zentralbanken vor allem dem Eurodollarmarkt zugeflossen. Die geldpolitischen Instanzen nicht-amerikanischer Industrieländer suchten in jüngster Zeit den Dollarkursanstieg durch Dollarverkäufe zu begrenzen, weil der Kursrückgang ihrer Währungen die Importpreise zusätzlich erhöht mit der Gefahr einer weiteren Inflationsbeschleunigung.

Der Rückgriff der amerikanischen Wirtschaft auf den Eurodollarmarkt entlastet die amerikanische Zahlungsbilanz erheblich. Trat im vergangenen Jahr zu dem hohen amerikanischen Leistungsbilanzdefizit noch ein starker Kapitalabfluß aus den USA hinzu, der nicht zuletzt durch das Zinsgefälle gegenüber Westeuropa bedingt war, so wird gegenwärtig ein großer Teil des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits durch Kapitalimport ausgeglichen, der durch die restriktive Geldpolitik in den USA induziert worden ist.

Die Restriktionspolitik ist zugleich die Ursache dafür, daß sich die Konjunktur in den USA

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts
 Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe von Gütern und Diensten		
	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾	1977	1978 ¹⁾	1979 ²⁾
Bundesrep. Deutschland	3,1	3,8	3,5	1,0	3,3	2,5	4,0	6,3	6	4,0	4,4	6	4,9	6,4	7,5
Frankreich	2,5	3	3	3,8	4	3	-0,6	1,5	3	6,3	6,5	6,5	1,0	6	5,5
Großbritannien	-0,9	5,5	2,5	-0,8	1,5	0,5	-2,1	2,8	0,5	7,3	2,2	4	0,6	4,7	3
Italien	2,3	2,9	3	2,2	3,5	2	0	-0,4	4	6,7	10,8	7	-0,2	8,1	9
Niederlande	4,3	3,5	3	3,6	2,5	3	11,1	3,5	-0,5	-2,1	3	7	3,6	4	6
Belgien	2,1	2	3	3,4	3,5	3	-0,7	2	2,5	3,5	5,5	5	4,4	5	4,5
Dänemark	0,9	-1	2	2,8	2	3	-3,5	1	2,5	3,4	3	4	-1,4	1	2
Irland	5,9	7	3,5	1,7	5	2,5	7,6	10,5	6	11,8	11,5	7	13,6	13	7
EG ³⁾	2,2	3,5	3	1,7	3,1	2,5	1,5	3,2	3,5	4,5	5,1	6	2,6	5,7	6
EG o. BRD ³⁾	1,8	3,4	3	2,1	2,9	2	0,3	1,7	2,5	4,8	5,4	6	1,7	5,5	5,5
Schweden	-0,9	-1	3	2,7	3	3	-2,9	-1,5	5	0,6	6,5	1,5	-3,3	-5,5	-2
Schweiz	2,8	2	2,5	-0,1	2	1,5	1,5	2,5	3	9,2	5,5	3	8,6	9,5	3,5
Österreich	6,2	-3,4	3,5	1,9	3,0	2	6,4	-3,1	4,5	6,1	5,7	6,5	9,5	-2,4	7
Norwegen	4,4	-2,6	0,5	11,0	3,9	2	0,9	-11,4	-6	3,8	9,1	1	2,8	-11,7	0
Europ. Industrieländer ³⁾	2,2	3,0	3	1,9	3,0	2,5	1,5	2,2	3,5	4,6	5,3	5,5	2,9	4,5	5,5
Europ. Industrieländer o. BRD ³⁾	1,9	2,7	3	2,4	2,9	2	0,5	0,7	2	4,9	5,6	5	2,2	3,9	4,5
USA	4,7	3,9	2	3,6	1,5	2,5	9,5	6,9	4,5	2,4	9,3	10	10,2	11,3	3
Kanada	2,8	3,1	3,5	2,0	1,5	3	0,3	-0,2	2,5	7,4	8,5	5	2,5	4,1	5
Japan	4,2	4,9	4,5	4,0	6,0	4,5	3,9	10,8	11	11,4	0,8	0	3,4	8,3	7
Außereurop. Industrieländer ³⁾	4,5	4,2	2,5	3,5	2	3	6,7	7,8	6,5	5,9	6,6	6	7,2	9,3	4,5
Insgesamt ³⁾	3,6	3,7	3	2,9	2,5	2,5	4,6	5,5	5,5	5,1	5,8	5,5	4,5	6,3	5
Insgesamt o. BRD ³⁾	3,7	3,7	2,5	3,1	2,4	2,5	4,7	5,4	5	5,3	6,1	5,5	4,4	6,3	4,5

1) Teilweise geschätzt. - 2) Geschätzt. - 3) Gewichte 1977 auf Dollarbasis.
 Quellen: Vgl. Tabelle Entwicklung des Bruttosozialprodukts.

abschwächt. Die vorliegenden Indikatoren lassen freilich noch immer keine eindeutigen Schlüsse über das zu erwartende Ausmaß der Abschwächung zu. Einerseits ist der leading indicator, ein Bündel von mehreren Frühindikatoren, in letzter Zeit erheblich gesunken. Andererseits zeigen die Investitionspläne nur eine leichte Verminderung der Investitionsbereitschaft der amerikanischen Unternehmen an. Die Investitionsfinanzierung bereitet den Unternehmen trotz der restriktiven Geld- und Kreditpolitik keine Schwierigkeiten, da sie sich gegenwärtig leicht Mittel im Ausland beschaffen können.

Die Unternehmen gehen bei ihren optimistischen Erwartungen, die sich in der Investitionsneigung spiegeln, offensichtlich davon aus, daß die amerikanische Regierung keine stärkere Rezession zulassen wird. Die Regierung könnte jedoch leicht Einflüssen ausgesetzt sein, bei denen sie ihren bisher erklärten Absichten nicht treu bleibt. Je weniger sich nämlich in den USA bei nur leicht verminderter Investitionsbereitschaft die Konjunktur abschwächt, um so geringer werden vorerst die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung und beim Abbau des Leistungsbilanzdefizits sein. Der Dollarfestigung könnte eine längere Phase erneuter Dollarschwäche folgen, die die amerikanische Regierung unter Zugzwang brächte. Schon jetzt drängen internationale Institutionen die USA, eine Rezession zuzulassen, um der Inflation und der Zahlungsbilanzschwierigkeiten Herr zu werden. Die amerikanische Regierung hofft

jedoch trotz der bisherigen Mißerfolge bei der Einkommenspolitik, die die Restriktionspolitik flankiert, daß eine nur mäßige Konjunkturverlangsamung die inflationären Kräfte wenn schon nicht rasch, so doch ausreichend schwächt und das Zahlungsbilanzproblem weiter entschärft. Sofern es nicht wieder zu einer nachhaltigen Dollarschwäche kommt, die die Inflationsbekämpfung erschwert und die Zahlungsbilanzschwierigkeiten zunächst wieder verstärkt, ist diese Hoffnung nicht ohne Grundlage.

In Großbritannien versucht die neue Regierung, die gerade ihr erstes Budget vorgelegt hat, mit einer grundlegenden Änderung der wirtschaftspolitischen Strategie die Voraussetzungen für eine langfristig befriedigendere Wirtschaftsentwicklung zu schaffen. Langfristige wachstumspolitische Ziele und kurzfristige konjunkturpolitische Erfordernisse sind allerdings schwer miteinander zu vereinbaren. Das langfristige Ziel glaubt die Regierung nur erreichen zu können, indem sie einerseits durch erhebliche Senkung der Einkommensteuersätze sowie Abflachung der Einkommensteuerprogression für Leistungsanreize sorgt und andererseits durch Zurückhaltung bei den öffentlichen Ausgaben mehr Spielraum für eine zunehmende private Wirtschaftstätigkeit schafft. Die kurzfristigen konjunkturpolitischen Erfordernisse verbieten es ihr dagegen, den Einfluß des öffentlichen Sektors zu stark zurückzudrängen. Da zudem eine einschneidende Verminderung der öffentlichen Ausgaben große Schwierig-

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen						unselbständiger Arbeit			Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			Lohnstückkosten ²⁾		
	in Landeswährung												in SZR					
	1977	1978 ³⁾	1979 ⁴⁾	1977	1978 ³⁾	1979 ⁴⁾	1977	1978 ³⁾	1979 ⁴⁾	1977	1978 ³⁾	1979 ⁴⁾	1977	1978 ³⁾	1979 ⁴⁾			
Bundesrep. Deutschland	4,5	11,0	9,5	6,9	5,9	6,5	1,7	7,7	5,5	4,0	2,7	2,5	11,5	10,7	7			
Frankreich	12,1	14,5	16	13,4	14,5	12,5	8,8	10,5	12,5	10,1	10,5	9	5,9	12	10			
Großbritannien	21,8	9,5	13,5	9,7	13,3	13,5	20,1	6,0	12	8,2	9,7	12	3,4	12,5	15			
Italien	16,4	20,2	20	22,2	15,4	18,5	14,1	17,2	16	19,8	12,5	14,5	11,7	9,0	12,5			
Niederlande	9,7	6,5	10	8,8	6,5	6,5	7,1	4,5	7,5	6,3	4,5	4	13,2	10,5	7			
Belgien	5,4	6,5	9	9,1	6,5	7,5	4,2	4,5	6	7,8	4,5	4,5	14,8	11	6			
Dänemark	5,5	13	9,5	11,0	9	9,5	3,6	11,5	7	9,0	7,5	7	8,5	9	6			
Irland	33,4	12	15	18,8	15	13,5	26,5	6	10,5	12,5	9	9	7,5	12	11			
EG ⁵⁾	10,9	12,7	13,5	11,3	10,6	11	8,7	8,4	9,5	8,5	7,0	7	9,5	11,0	9,5			
Schweden	-25,8	16,5	22,5	12,6	11	11,5	-24,0	13,5	17	15,4	8,5	6,5	10,9	0,5	8,5			
Schweiz	2,9	3	9,5	2,1	3	3,5	0,2	1,5	7,5	-0,6	1,5	1,5	2,2	27	4			
Österreich	5,7	2,3	9,5	10,4	8,2	7,5	1,9	0,8	6	6,5	6,6	4	14,5	11,3	6			
Norwegen	-2,1	11,0	9,5	13,0	9,2	9,5	-5,4	7,9	7	9,2	6,1	7	10,7	0,4	6,5			
Europ. Industrieländer ⁵⁾	9,8	12,0	13	11,1	10,3	10,5	6,4	8,1	9,5	8,3	6,7	7	9,4	11,1	9			
USA	12,3	11,2	12	11,2	12,8	12	7,1	7,0	9,5	6,0	8,6	9,5	4,8	1,2	8			
Kanada	6,3	15,4	15,5	10,9	9,1	11,5	3,5	11,6	11,5	8,0	5,5	7,5	-1,0	-8,3	3,5			
Japan	7,7	9,5	10,5	11,6	9,5	9	2,2	3,5	5	5,9	3,5	4	15,7	23	-2			
Außereurop. Industrieländer ⁵⁾	10,5	11,0	12	11,3	11,8	11,5	5,9	6,9	9	6,2	7,4	8,5	6,0	3,8	6			
Insgesamt ⁵⁾	10,2	11,4	12,5	11,2	11,2	11	6,2	7,5	9	7,3	7,1	7,5	7,8	7,6	7,5			

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 3) Teilweise geschätzt.- 4) Geschätzt.- 5) Gewichtet mit 1977er Anteilen. Für 1) und 2): Gewichtet nach Weltexportanteilen, wie sie - mit Ausnahme der USA - der Berechnung der SZR zugrunde liegen. Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW.

keiten bereitet, hat sich die britische Regierung zunächst darauf beschränkt, die Staatsausgaben im weiteren Verlauf dieses Jahres real nicht mehr zu erhöhen. Weil sie aber mit der Senkung der Einkommensteuer nicht warten wollte und gleichzeitig eine Verminderung des staatlichen Budgetdefizits anstrebt, sah sie sich gezwungen, ihre Einnahmen durch eine drastische Heraufsetzung der Mehrwertsteuer zu erhöhen.

Damit gibt sie der Inflation, die sich als Folge der Rohstoffpreiserhöhungen ohnehin schon beschleunigt, einen zusätzlichen Anstoß. Es ist bisher schwer zu sehen, wie sie unter diesen Bedingungen verhindern will, daß sich die Lohnsatzsteigerungen erneut verstärken. Die britische Regierung vertraut darauf, daß mit Hilfe einer die Geldmengenexpansion eng begrenzenden monetären Politik eine unerwünschte Preis-Lohn-Entwicklung vermieden werden kann. Dabei stellt sie jedoch wohl zu wenig in Rechnung, daß eine solche Politik zunächst die reale Entwicklung und weniger den Preisanstieg dämpft und daß die Gewerkschaften nicht stillhalten werden. Die Konjunkturaussichten haben sich deshalb in letzter Zeit erheblich verdunkelt. Nicht nur gehen von den staatlichen Ausgaben keine Nachfrageimpulse mehr aus, sondern auch die Investitionsbereitschaft der privaten Unternehmen läßt - zumindest auf kürzere Sicht - nach. Das britische Sozialprodukt wird infolgedessen in nächster Zeit nicht mehr wachsen, sondern eher leicht schrumpfen.

In Frankreich ist das von der Regierung erhoffte Tempo des Wirtschaftswachstums bisher nicht erreicht worden. Der private Verbrauch expandierte im bisherigen Jahresverlauf nur mäßig. Die Ende 1978 beobachtete Belebung der Investitionstätigkeit hat sich bereits wieder abgeschwächt. Es fehlen deutliche Nachfrageimpulse, die auch die Absatz- und Gewinnerwartungen stärker verbessert hätten. So hatte zwar die weitgehende Freigabe der Preise in Frankreich im letzten Jahr die Möglichkeit zu einer Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen geschaffen. Da die Nachfrage nur mäßig expandierte und sich der Wettbewerb verstärkte, waren jedoch Preiserhöhungen, die zu einer Steigerung der Gewinne hätten führen können, nur bedingt möglich. Die Inflation hatte sich deshalb zunächst weniger als vielfach befürchtet beschleunigt. Der kräftigere Preisanstieg der letzten Monate ist eher auf exogene Ursachen, insbesondere auf Verteuerungen bei Nahrungsmitteln und Erdölprodukten zurückzuführen. Da die Arbeitslosigkeit kräftig zunimmt, muß die Regierung jedoch weiterhin beschäftigungspolitisch aktiv bleiben. Soeben wurde der sogenannte „dritte nationale Pakt“ zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschlossen, der für alle Betriebe bei Einstellung von Jugendlichen die Übernahme der Hälfte der Sozialkosten sowie andere Lohnsubventionen durch den Staat für drei Jahre vorsieht. Ebenso sind steuerliche Vergünstigungen und Kreditverbilligungen für Investitionen

mit arbeitsplatzschaffendem Charakter vorgesehen. Diese Maßnahmen können sicherlich dazu beitragen, eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu dämpfen. Sie reichen aber nicht aus, die notwendigen Impulse für eine deutliche Nachfragebelebung zu geben.

In Italien sind die Aussichten für ein Anhalten des gegenwärtigen Expansionstempos aufgrund der jüngsten Kosten- und Preisentwicklung wieder gesunken. Die kräftige Zunahme von Nachfrage und Produktion im letzten Jahr wurde insbesondere von einem starken Anstieg der Exporte getragen. Die Verbesserung der Absatzaussichten und der deutlich verlangsamte Lohnauftrieb führten zu einem Anstieg der Gewinne. Die Investitionstätigkeit belebte sich spürbar. Damit schienen gute Voraussetzungen für ein Anhalten des Aufschwungs gegeben. Verschiedene Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß die wirtschaftliche Entwicklung im zweiten Halbjahr 1979 wesentlich gedämpfter verlaufen wird. So sind

die Lohnforderungen in den gegenwärtigen Tarifverhandlungen erheblich höher als im Vorjahr, nicht zuletzt wegen der kräftigen, vor allem auf den Anstieg der Rohstoffpreise zurückzuführenden Inflationsbeschleunigung in den letzten Monaten. Die Verbraucherpreise haben sich in dieser Zeit mit einer Jahresrate von fast 20 vH erhöht. Zwar expandiert der reale private Verbrauch immer noch zügig. Die Expansion der Auslandsnachfrage hat sich aber in den letzten Monaten schon abgeflacht und könnte durch den neuerlichen Inflationsschub weiter beeinträchtigt werden. Da die Investoren bei dieser Entwicklung mit einer restriktiven Wirtschaftspolitik rechnen müssen, dürfte sich auch die Investitionsneigung im zweiten Halbjahr 1979 wieder abschwächen. Im Gegensatz zum Jahresbeginn 1979 könnte sich daher für Anfang 1980 eine konjunkturelle Lage ergeben, die durch ein nur noch sehr schwaches Wirtschaftswachstum mit wieder steigender Arbeitslosigkeit und hohen Preissteigerungsraten gekennzeichnet ist.

Bundesrepublik Deutschland: Nur eine stetige Wirtschaftspolitik kann Fehlentwicklungen minimieren

Die Wirtschaftstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig durch eine kräftige Aufwärtsentwicklung gekennzeichnet:

- *Nach dem witterungsbedingten Produktionseinbruch in den ersten Monaten dieses Jahres überlagert eine besonders ausgeprägte Frühjahrsbelebung die ohnehin nach oben weisende konjunkturelle Tendenz.*
- *Überraschend stark nimmt die Nachfrage des Auslandes nach deutschen Industriegütern zu. Anders als im Vorjahr wirkte die Entwicklung der ausländischen Nachfrage im bisherigen Jahresverlauf nicht konjunkturverlangsamend, sondern sogar -beschleunigend.*

Begleitet wird der Anstieg von Nachfrage und Produktion allerdings von wieder größer werdenden Preissteigerungsraten im Gefolge der Verteuerung von Rohstoffen und insbesondere der Mineralölprodukte auf den Weltmärkten.

Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes hat sich nach der Winterpause rasch erholt. Im März/April hat sie saisonbereinigt¹ um rund 2 vH über dem relativ hohen Niveau vom Jahresende 1978 gelegen. Im April wurde – arbeitstäglich bereinigt – das Ergebnis des entsprechenden Vorjahrsmonats um gut 8 vH übertroffen. Beide Zahlen weisen auf ein Wachstumstempo hin, das um einiges über dem im Jahresdurchschnitt 1979 erwarteten liegt. Besonders expansiv war die Produktion im bisherigen Jahresverlauf im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe. Das Verbrauchsgütergewerbe konnte dagegen die Produktion nur wenig steigern.

Stärker noch als die Produktion hat der reale Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe zugenommen. Die Auftragsbestände sind trotz verstärkter Auslieferungen vermutlich gestiegen. Entscheidend dafür war die erfreuliche Entwicklung der Auslandsaufträge: Vergleicht man die saisonbereinigte Entwicklung vom November/Dezember 1978 bis März/April 1979, so ist das Volumen der Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe insgesamt um rund 4,5 vH höher gewesen; bei den Auslandsaufträgen betrug der Anstieg real aber mehr als 10 vH, während die Inlandsaufträge um 3 vH zugenommen haben. Dieser Anstieg der realen Inlandsnachfrage war immerhin groß genug, um zu einer weiteren Aufstockung der Auftragsbestände zu führen. Besonders groß war der Vorsprung der Auslandsbestellungen in einigen Zweigen, in denen die Inlandsnachfrage konjunkturelle Ermüdungserscheinungen zeigt, hier vor allem beim Straßenfahrzeugbau, oder wo noch eine nennenswerte Unterauslastung der Kapazitäten vorliegt, wie etwa bei der Eisen- und Stahlindustrie. In beiden Fällen ist der Nachfrageanstieg aus dem Ausland außerordentlich willkommen.

Von der Bauproduktion sind im April, dem letzten statistisch belegten Monat, noch immer retardierende Tendenzen auf die Gesamtwirtschaft ausgegangen. Auch in jenem Monat wurde die Aktivität im Bauhauptgewerbe noch in überdurchschnittlichem Maße durch ungünstige Witterung behindert, so daß im Vorjahrsvergleich nur eine Produktionssteigerung um gut 2 vH erzielt werden konnte; besonders betroffen war der Tiefbau. Die Auftragslage im Bauktor spricht aber dafür, daß auch hier die Produktion wieder deutlich steigt. Gesamtwirtschaftlich hat sich demnach der Produktionsanstieg seit April wahrscheinlich noch weiter beschleunigt.

Eine Verstärkung des Produktionsaufschwungs wird auch durch die Entwicklung am Arbeitsmarkt signalisiert. Die Zahl der als arbeitslos Gemeldeten ist im Mai auf 775 000 gesunken, nachdem im Februar noch mehr als 1,1 Million Arbeitslose registriert waren. Der rasche und mehr als saisonübliche Abbau der Arbeitslosigkeit deutet auf zwei wichtige Fakten hin. Einmal hat sich die Nachfragesituation inzwischen so stark gebessert, daß mehr und mehr Firmen – nicht nur in der Bauwirtschaft – ihre Belegschaft vergrößern müssen, die Beschäftigung also nennenswert gesteigert wird. Zum anderen zeigt sich, daß die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die bei entsprechendem Bedarf an Arbeitskräften relativ rasch vermittelbar sind, offenbar größer ist, als vielfach behauptet wird. Die zuletzt wieder lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften mit Büroberufen läßt zugleich hoffen, daß nun auch die Frauenarbeitslosigkeit, die – gemessen an der Arbeitslosenquote – mit rund 5 vH doppelt so groß ist wie bei den Männern, rascher als bisher reduziert werden kann.

¹ Nach der Saisonbereinigung des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Entsprechend der Produktionsentwicklung hat sich auch eine spürbare Verbesserung in der Auslastung der Produktionskapazitäten ergeben. Nach den Daten des Ifo-Konjunkturtests wurde im April die höchste Auslastung der Kapazitäten im verarbeitenden Gewerbe seit 1973 erreicht. Besonders kräftig war die Steigerung des Auslastungsgrades im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich.

Obwohl diese Verbesserung der konjunkturellen Situation nicht gleichmäßig für alle Zweige des verarbeitenden Gewerbes gilt, hat sie inzwischen doch eine solche Breite erreicht, daß es zu einer auch gesamtwirtschaftlich spürbaren Zunahme der Investitionstätigkeit gekommen ist. Die realen Ausstattungsinvestitionen, in deren Entwicklung sich die Investitionsneigung der privaten Unternehmen recht zuverlässig widerspiegelt, überschritten im ersten Viertel dieses Jahres das entsprechende Vorjahrsniveau um 11 vH, und die Indizes des Auftragseingangs bei den Produzenten weisen auf eine Fortsetzung dieser Tendenz hin.

Anders als im vergangenen Jahr, als das Wachstum der realen Ausfuhr von Gütern und Diensten zeitweilig deutlich niedriger war als das gesamtwirtschaftliche Wachstum, die Ausfuhr also retardierend wirkte, kommen von diesem Bereich seit Jahresbeginn kräftige Anregungen. Im ersten Quartal dieses Jahres war hier die reale Zuwachsrate — im Vorjahrsvergleich — doppelt so hoch wie die des Sozialprodukts, Ausdruck einer grundsätzlich neuen Situation. Die Bedeutung dieses positiven konjunkturellen Einflusses wird auch nicht dadurch aufgehoben, daß die reale Einfuhr noch schneller als die Ausfuhr expandiert: Die Entwicklung der Einfuhr wird vor allem vom Wachstumstempo der Produktion in der Bundesrepublik bestimmt, zu dem die Exporte in den letzten Monaten besonders viel beigetragen haben.

Die Tendenz zur Verminderung der Leistungsbilanzüberschüsse, die sich bei dieser Entwicklung von realer Ausfuhr und Einfuhr ergibt, ist noch stärker in den nominalen Strömen ausgeprägt: Im Gefolge der Rohstoff- und insbesondere der Mineralölverteuerung steigen die Preise der Einfuhr seit Beginn dieses Jahres außergewöhnlich kräftig und zudem erheblich schneller als die Ausfuhrpreise. Im April übertrafen dabei die Einfuhrpreise das Niveau des entsprechenden Vorjahrsmonats um rund 9 vH, die Ausfuhrpreise, bei denen sich durch die Aufwertung des Dollars größere Überwälzungsmöglichkeiten ergaben, erhöhten sich mit 4,5 vH halb so stark.

Diese Divergenz hat jedoch zugleich auch einen kräftigen Anstieg der Verbraucherpreise in der Bundesrepublik bewirkt: Der Preisindex für die Lebenshaltung hat sich von Dezember 1978 bis Mai

1979 saisonbereinigt um 2,4 vH erhöht, in nur fünf Monaten also um ebensoviel wie zuvor in der Zwölfmonatsperiode von Dezember 1977 bis Dezember 1978. Mit einem Anstieg gegenüber Mai 1978 um rund 70 vH wurde beim leichten Heizöl eine ganz außergewöhnliche Verteuerung gemessen, die um ein Vielfaches größer ist als die des Rohöls.

Beide Effekte der Verteuerung der Mineralöleinfuhren, der Abbau des deutschen Ausfuhrüberschusses und die Beschleunigung des inländischen Preisanstiegs, haben negative Verteilungswirkungen: im außenwirtschaftlichen Bereich, weil die Verringerung des Ausfuhrüberschusses primär nicht den Defizitländern zugute kommt, sondern vornehmlich den OPEC-Ländern. Im Inland entstehen Probleme dadurch, daß der mineralölbedingten Verteuerung der Lebenshaltung keine allgemeine Gewinnerhöhung der Unternehmen entspricht, weil die Mehreinnahmen nur einer kleinen Gruppe von Unternehmen zufließen, die übrigen aber, ebenso wie die Bezieher von kontraktbestimmten Einkommen, zusätzliche Ausgaben haben. Das Erzwingen einer verteilungspolitischen Kompensation, die wohl früher oder später gefordert werden wird, müßte unter diesen Bedingungen zu negativen volkswirtschaftlichen Wirkungen führen.

Betrachtet man die bisher sichtbaren Grundtendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahr im Sinne einer Zwischenbilanz, so zeichnet sich das folgende Bild ab:

Das reale Bruttosozialprodukt dürfte den vorausgeschätzten Zuwachs von 4 vH² erreichen oder sogar leicht übertreffen. Stärker als in der Gemeinschaftsdiagnose der Institute prognostiziert (6 vH), könnte die reale Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen zunehmen. Dies beeinflußt den realen Außenbeitrag allerdings kaum, weil auch die reale Einfuhr etwas stärker als früher erwartet (7,5 vH) expandieren dürfte. Die Ausrüstungsinvestitionen werden den vorausgeschätzten Zuwachs (7,5 vH) wahrscheinlich leicht überschreiten. Wachstumseinbußen sind dagegen beim realen privaten Verbrauch (Prognose: + 3,5 vH) in Rechnung zu stellen. Sie ergeben sich daraus, daß der für das zweite Halbjahr vorausgeschätzte Anstieg der Verbraucherpreise (+ 4 vH gegenüber dem zweiten Halbjahr 1978) wohl übertroffen und deshalb eine ungeplante dämpfende Wirkung auf die meisten Realeinkommen ausgehen wird. Es ist wenig wahrscheinlich, daß dieser Effekt durch eine gegenüber der Prognose verminderte Ersparnis ausgeglichen wird. Die Daten des Arbeitsmarktes deuten schließlich auf eine jahresdurch-

² Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1979. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 15-16/79.

schnittliche Arbeitslosenzahl, die sogar nennenswert unter der prognostizierten (900 000) liegt.

Bei diesen günstigen Perspektiven für die Entwicklung der realen Größen (Produktion, Beschäftigung) und der exogen bewirkten Vergrößerung der inflatorischen Gefahren haben sich in der Diskussion über die situationsgerechte Wirtschaftspolitik die Schwerpunkte erheblich verlagert. Als vorrangige Aufgabe wird mehr und mehr die Eindämmung der Preissteigerungen herausgestellt; dabei festigt sich vielerorts die Überzeugung, daß der konjunkturelle Erholungsprozeß inzwischen so weit fortgeschritten sei, daß allenfalls eine geringfügige Beeinträchtigung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung durch eine restriktive Wirtschaftspolitik zu befürchten sei.

Engagement für die stabilitätspolitische Aufgabe wird nicht allein von der Bundesbank gefordert. Viele glauben, es sei nun auch an der Zeit, mit der bisher aus konjunkturpolitischen Gründen aufgeschobenen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte energisch zu beginnen und den Anstieg der staatlichen Ausgaben, wo immer möglich, zu drosseln.

Die Praxis der wirtschaftspolitischen Entscheidungen sollte sich allerdings nicht an diesen Schwarz-Weiß-Kontrasten zwischen Inflationstendenzen und realer Wirtschaftsentwicklung orientieren, wie sie in der Diskussion einseitig dargestellt werden. Das wichtigste Argument, das gegen ein Umschwenken von Geld- und Finanzpolitik auf restriktiven Kurs spricht, ergibt sich aus der Analyse der Exportentwicklung. Dabei sollten die Erfahrungen aus dem Jahre 1974 berücksichtigt werden: Ähnlich wie heute gab es damals im Gefolge der exorbitanten Mineralölverteuerung einen kräftigen Anstieg der Auslandsnachfrage in der Bundesrepublik. Dies änderte sich aber schon im Herbst 1974, als in vielen Industrieländern die mit der Ölverteuerung verbundenen Leistungsbilanzdefizite besorgniserregende Ausmaße annahmen. Die Exporte gingen kräftig zurück, was entscheidend für die Rezession des Jahres 1975 war. Vieles spricht für eine analoge

Entwicklung, die schon gegen Ende dieses Jahres einsetzen könnte. Zudem löst die Mineralölverteuerung in der Bundesrepublik Deutschland erneute Anpassungsprozesse aus, die das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen werden. Werden in Verkennung dieser Gefahr heute die wirtschaftspolitischen Weichen auf Restriktionskurs gestellt, so könnte es in der Bundesrepublik 1980 zu einem Zusammenwirken von Auslandsnachfrage, Geldpolitik und Finanzpolitik gegen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung kommen. Es kann kaum Zweifel geben, daß die Folgen einer erneuten Rezession für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung noch schwerer zu überwinden wären als nach 1975. Spätfolgen des damaligen wirtschaftlichen Einbruchs sind selbst heute noch in einigen Branchen und in der noch immer hohen Arbeitslosigkeit erkennbar.

Gefährlich wäre es, darauf zu vertrauen, eine solche negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung könne gegebenenfalls durch erneute wirtschaftspolitische Kursadjustierung verhindert werden. Bei der Geldpolitik sind dafür schon die Wirkungsverzögerungen viel zu lang; selbst kurze Erkennungs- und Entscheidungs-lags würden demgegenüber nicht ins Gewicht fallen. Bei einem Umschwenken der Finanzpolitik auf erneuten Expansionskurs sind außerdem die administrativ bedingten Verzögerungen zu berücksichtigen. Bevor Maßnahmen griffen, könnte eine Rezession schon Tatsache sein.

Die wirtschaftspolitischen Instanzen sollten daher stärker als bisher beachten, daß die nähere Zukunft nicht frei von Zielkonflikten sein wird, die Wirtschaftspolitik sich also nicht auf die Verhinderung von Fehlentwicklungen bei einem der Grundziele konzentrieren kann. Wahrscheinlich ist, daß sich auch in der Bundesrepublik auf absehbare Zeit die Zielkonflikte verschärfen werden. Eine situationsgerechte Wirtschaftspolitik kann nur auf einem Pfad der Stetigkeit liegen. Die Geldpolitik muß also der Versuchung einer antizyklischen Beeinflussung ebenso widerstehen wie die Finanzpolitik einer Einschränkung des realen Ausgabenzuwachses unter den mittelfristig erforderlichen Pfad.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von Joachim Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.
- Heft 43/I **Zielsetzung, Methodik und zusammengefaßte Ergebnisse der Prognose für den Güter- und Personenverkehr bis zum Jahre 1990.** Von Günther John. 84 S. 1977. DM 36,60.
- Heft 43/II **Analyse und Prognose des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Rainer Hopf, Günther John, Heilwig Rieke unter Mitarbeit von Joachim Niklas. 243 S. 1977. DM 118,—.
- Heft 43/III **Die Personenverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990 — Untersuchung der regionalen Struktur des Aufkommens und der Verflechtung im Personenverkehr nach Fahrtzwecken und Verkehrsarten und ihrer Beziehung zu raumordnungspolitischen Zielsetzungen.** Von Ulrich Voigt. 262 S. 1977. DM 124,—.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Hans-Joachim Frank. 155 S. 1976. DM 76,—.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von Peter Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas. 190 S. 1977. DM 84,—.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Koks- und Anthrazit in der Welt bis 1985.** Von Manfred Rumberger und Eberhard Wettig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975 — Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells.** Von Reiner Stäglin unter Mitarbeit von Rainer Pischner, Brigitta Weiser und Hans Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.
- Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung — Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea.** Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.
- Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft.** Von Charlotte Otto-Arnold unter Mitarbeit von Ulrich Burschat. 172 S. 1978. DM 82,—.
- Heft 49 **Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974.** Von Gerhard Göseke und Klaus-Dietrich Bedau. 215 S. 1978. DM 89,60.
- Heft 50 **Die Osteinfuhrstruktur der Bundesrepublik Deutschland und anderer westlicher Länder — Eine vergleichende Darstellung.** Von Jochen Bethkenhagen, Hans Martin Duseberg, Maria Lodahl. 139 S. 1978. DM 64,—.
- Heft 51 **Produktions- und Beschäftigungseffekte im innerdeutschen Handel.** Von Horst Lambrecht und Hans Wessels. 54 S. 1978. DM 29,60.
- Heft 52 **Untersuchungen zu Fragen regional unterschiedlicher Energiepreise in der Bundesrepublik Deutschland.** Darstellung — Begründung und Auswirkungen am Beispiel ausgewählter Bundesländer. Von Urs Dolinski. 217 S. 1979. DM 116,—.
- Heft 53 **Das Arbeitsplatzpotential, die Besetzung mit Arbeitskräften und deren Anspannung im Konjunkturverlauf.** Eine Analyse der vierteljährlichen Entwicklung von 1960 bis 1976 für die Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Arthur Boneß. 100 S. 1979. DM 48,—.
- Heft 54 **Jährliche nominale Input-Output-Tabellen, Importmatrizen und Investitionsmatrizen für die Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1974.** Von Egon R. Baumgart, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß, Hans Wessels und Mitarbeitern. 128 S. 1979.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Wirtschaftslage: *Olverknappung wirkt Inflationsbeschleunigend und wachstumsdämpfend* bearbeitet von Manfred Teschner und Joachim Volz. —
Bundesrepublik Deutschland: Nur eine stetige Wirtschaftspolitik kann Fehlentwicklungen minimieren bearbeitet von Horst Seidler.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.